

Ä1 Programm KW 21 - Mobilität

Antragsteller*in: Marcus Schmitt

Text

Nach Zeile 360 einfügen:

- größere Busse und Züge, die im Main-Taunus-Kreis eingesetzt werden, damit Komfort und Hygienebedingungen im ÖPNV steigen.

Begründung

Gerade viele Buslinien sind massiv überfüllt. Dies macht den ÖPNV unattraktiv. Gerade die Corona-Pandemie zeigt, dass die Kapazität nicht ausreicht. Mindestabstände können seltens eingehalten werden.

Text

Wir machen Vielfalt zur Stärke

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Main-Taunus-Kreis muss allen Menschen möglich sein. Die soziale Ungleichheit wächst jedoch. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Corona-Pandemie verschärft die Spaltung der Gesellschaft noch. Wir GRÜNE wollen eine inklusive Gesellschaft fördern, indem wir für soziale Gerechtigkeit sorgen und damit Vielfalt schützen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, im MTK eine Antidiskriminierungsstelle einzurichten. Hier sollen betroffene Menschen Beratung und Unterstützung erfahren. Gleichzeitig soll von hier aus aktiv ein kritischer Umgang mit Diskriminierung im Kreis gefördert werden, um Benachteiligung und Herabwürdigung abzubauen. Niemand darf wegen Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Geschlecht, sexueller Orientierung, sexueller Identität, Religion, Alter, Behinderung, Aussehen oder sozialem Status diskriminiert werden.

Gleichberechtigung bleibt Kernaufgabe

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen bleibt für uns als Partei, in der Feminismus seit jeher eine tragende Rolle spielt, ein zentrales Ziel.

Frauen sind überdurchschnittlich häufig in der Pflege und in anderen Gesundheitsberufen erwerbstätig, sie arbeiten in der Erziehung und Betreuung und als Verkäuferinnen im Einzelhandel – sie arbeiten dort oft unter prekären Arbeitsbedingungen, unterbezahlt, wenig anerkannt. Auch in den privaten Haushalten übernehmen die Frauen den größten Teil der Care-Arbeiten – nicht nur, wenn die Kitas und Schulen geschlossen sind.

Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Bedürfnisse von Frauen in Konfliktsituationen, von Frauen mit Migrationshintergrund oder von Frauen mit Behinderung legen. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Strukturen und Vernetzungen zu stärken und bedarfsorientiert zu erweitern.

Gleichzeitig sind Frauen und Kinder besonders schutzlos bei zunehmender häuslicher Gewalt in den Familien und bei sexualisierter Gewalt – auch in den Unterkünften für Geflüchtete.

Noch immer stellen Frauen den größten Teil der Teilzeitbeschäftigten in der Kreisverwaltung - in Führungspositionen sind sie jedoch nach wie vor unterrepräsentiert. Dies hat negative Auswirkungen auf mögliche berufliche Aufstiege und das spätere Einkommen im Alter. Während der Corona-Pandemie werden Frauen in traditionelle Rollen zurückgedrängt, weil sie durchschnittlich weniger verdienen. Gegen diese strukturelle Benachteiligung wollen wir vorgehen. Wir werden uns weiterhin für konsequente Gleichstellung in der Kreisverwaltung auch in den Führungsebenen einsetzen.

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Mit Lohnmess- und Arbeitsbewertungsverfahren wie dem „eg-check“, der für Entgeltgleichheit steht, können Verdienstunterschiede sichtbar gemacht werden – auch in der Verwaltung.

Wir GRÜNE wollen ...

- dass die Personalentwicklung Diskriminierung verhindert und Frauen sowie Vielfalt fördert. Die Landkreisverwaltung hat als Arbeitgeberin hier eine wichtige Vorbildfunktion.
- Frauen in Führungspositionen in der Verwaltung weiter stärken.
- dass Publikationen, Formulare, Mitteilungen und Bescheide des Landkreises MTK gendergerecht, diskriminierungs- und barrierearm sowie in leichter Sprache für alle Menschen gestaltet sind, denn Sprache ermöglicht Teilhabe und verstärkt die Wahrnehmung für Gleichberechtigung.
- eine systematische Überprüfung des Kreishaushaltes im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern.
- die Steigerung der Frauenerwerbsquote, die Qualifizierung und Weiterbildung von Frauen und Männern mit Kindern sowie die Unterstützung auf allen Ebenen zur Schaffung einer echten Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- strukturelle Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterentwickeln, vor allem Ausbau und Verlässlichkeit der Kinderbetreuung.
- den Schutz von Frauen in Not mit gezielten Beratungsangeboten weiter stärken.
- die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung von Care-Arbeit, denn sie ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft - nicht nur in der Corona-Pandemie.
- Die Ergebnisse des Hessischen Lohnatlasses wollen wir in unserem parlamentarischen Handeln implementieren und gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren Maßnahmen zur Schließung der Lohnlücken entwickle

Bildung und Betreuung für Kinder von Anfang an

- Bildung und Betreuung für Kinder von Anfang an

Im Rhein-Main-Gebiet leben viele Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind und die auf professionelle Kinderbetreuung angewiesen sind. Der Ausbau von Betreuungsplätzen muss am tatsächlichen Bedarf orientiert konsequent fortgesetzt werden. Die Arbeitszeiten der Eltern werden immer flexibler. Entsprechend wollen wir den Bedarf nach flexibleren Betreuungszeiten berücksichtigen.

Die Qualität der Betreuung ist von zentraler Bedeutung für eine gute Entwicklung und Bildung von Anfang an.

Wir GRÜNE wollen ...

- allen Kindern einen gesunden und gleichberechtigten Start ins Leben ermöglichen.
- die Kooperation des Netzwerkes "Frühe Hilfen" mit anderen Hilfeinrichtungen im Main-Taunus-Kreis fördern.
- die zahlreichen Programme zur Sprachförderung der Landesregierung weiterhin unterstützen.
- soziale und kulturelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Kinder ermöglichen, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Perspektiven und Lebensqualität für Jugendliche

Wir GRÜNE wollen den Interessen von Jugendlichen in allen Politikbereichen mehr Geltung verschaffen und sie ermutigen, sich aktiv einzubringen. Wer beteiligt wird, fühlt sich und seine Ideen auch ernst genommen. Jugendliche müssen die Chance bekommen, ihre eigenen Interessen und Wünsche für ihre Bildung und ihr Leben zu kommunizieren.

Wir GRÜNE wollen...

- die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen erhöhen, weil sie diese gerne und aktiv nutzen, bspw. durch die MTK-App.
- die Aufenthaltsqualität in den Schulen verbessern. Wir wollen die Schule als Lebensraum entwickeln, mehr Arbeitsräume, mehr Aufenthaltsräume und Freiflächen.
- dass die Schulsozialarbeit ausgebaut wird zur Unterstützung bei individuellen Krisen und auch zur Verbesserung eines guten Miteinanders.
- die Mobilitätsangebote für Jugendliche im Main-Taunus-Kreis ausbauen, zum Beispiel durch die Ausweitung und Verbesserung der Anruf-Sammel-Taxis.
- dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten, unabhängig von Geschlechterklischees. Dazu gehört auch, Ausbildung, Beruf oder Studium frei zu wählen ohne Einschränkung durch bestehende stereotype Zuordnungen. Deshalb wollen wir, dass neben den Kommunen auch der Landkreis Initiativen fördert zur Entwicklung neuer Ideen, um diese Geschlechterklischees aufzubrechen und dauerhaft zu überwinden. Politik und die Verwaltung können hier eine Vorbildfunktion einnehmen, zum Beispiel durch moderne Arbeitszeitmodelle.

Integration - Mehr Teilhabe, mehr Förderung

Wir setzen uns für ein friedliches und buntes Zusammenleben im Main-Taunus-Kreis ein. Migrant:innen aus verschiedensten Ländern machen unseren Landkreis kulturell vielfältiger und weltoffener. Viele von ihnen sind bereits seit Generationen Teil unserer Gesellschaft.

Unter erfolgreicher Integration verstehen wir die sprachliche, gesellschaftliche, berufliche aber auch die politische Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund. Nur auf dieser Basis wird ihnen eine gleichberechtigte Partizipation ermöglicht.

Vor allem neu zugewanderte Migrant:innen und jene, die seit vielen Jahren unterhalb ihrer Qualifikation in der Arbeitslosigkeit, in Hilfstätigkeiten oder Minijobs feststecken, brauchen bessere Zugänge zum Arbeitsmarkt, um ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und um ihre Kompetenzen einbringen zu können.

Wir GRÜNE wollen ...

- die Vielfalt der Gesellschaft auch im Öffentlichen Dienst widerspiegeln durch eine diskriminierungsfreie Prüfung von Bewerbungsunterlagen und chancengleiche Beurteilung von Menschen mit Migrationshintergrund.
- die Weiterbildungsangebote zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter:innen des Kreises ausbauen.
- die politische Partizipation verbessern und mehr Migrant:innen für die Kommunalparlamente und das Kreisparlament gewinnen.
- den Kreis-Integrationsbeirat stärken und eine bessere Vernetzung der kommunalen Ausländerbeiräte bewirken.
- Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund zur Bewältigung ihres Alltags (Zusammenarbeit mit Trägern, Initiativen).

Menschen auf der Flucht sind uns willkommen

In den Main-Taunus-Kreis kommen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und vor großer Not geflohen sind. Ihnen wollen wir ein menschenwürdiges Leben zusichern, passende Integrationsmöglichkeiten bieten und sie vor Diskriminierung und Rassismus schützen. Unser Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen hat dazu den Beschluss gefasst, dass der Main-Taunus-Kreis zum „Sicheren Hafen“ werden soll. Diesem Bündnis der Seenotrettung gehören mehr als 170 Städte und Landkreise an. Sie alle setzen sich dafür ein, mehr Geflüchtete als gesetzlich vorgeschrieben aufzunehmen, insbesondere aus überfüllten Lagern mit katastrophalen Lebensbedingungen.

Wir GRÜNE wollen ...

- das Integrationskonzept weiterentwickeln.
- Geflüchteten den Zugang zu sozialem Wohnraum im MTK erleichtern. Die Integration anerkannter Geflüchteter gelingt nur, wenn wir ihnen ein bezahlbares Zuhause mitten in unserer Gesellschaft ermöglichen. Das Leben in abgegrenzten Sammelunterkünften erschwert gesellschaftliche Integration nachweislich.
- die Arbeit der vom Land Hessen geförderten WIR-Koordinator:innen ausbauen und den Kontakt zur den Akteur:innen in den Städten und Gemeinden intensivieren.
- Antirassismus-Projekte in Kitas und Schulen fördern.
- einen Laien-Dolmetscherpool aufbauen.

Wir setzen auf faire Bildung und gleiche Chancen

Die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen, ist für gesellschaftliche Teilhabe Grundvoraussetzung. Wir wollen den Spracherwerb fördern, auch durch ein besseres inklusives Miteinander.

Wir GRÜNE wollen ...

- deutschsprachige Kontakte fördern durch z. B. (Stadtteil-)Kinderprojekte oder Mentor:innen- und Nachbarschaftsprojekte.
- Angebote für Sprach- und Integrationskurse auch für freiwillig Teilnehmende, z.B. für schon länger hier Lebende und die Projekte "Deutsch4U" und "Mama lernt Deutsch" des Landes Hessen aufgreifen und umsetzen.
- den Übergang der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von der Schule zum Beruf durch intensive koordinierte Zusammenarbeit von Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit begleiten.
- Existenzgründer:innen mit Migrationshintergrund fair unterstützen.

Altersfreundliche Städte im MTK

Wir GRÜNE wollen, dass Seniorinnen und Senioren auch im Alter soweit wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung führen können. Dazu muss Barrierefreiheit in allen öffentlichen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Das Konzept „Age-friendly City“ der Weltgesundheitsorganisation WHO bietet vielfältige Ideen für alle teilnehmenden Kommunen oder Kreise sowie regen Austausch über eine eigene Online-Plattform. Wir wollen, dass der Main-Taunus-Kreis sich diesem globalen Netzwerk anschließt. So können wir ein gutes Miteinander von Jung und Alt gezielter in unserem Landkreis fördern, neue Wohnformen unterstützen und Mobilität altersgerecht entwickeln.

Bei der Pflege gilt für uns stets der Grundsatz: ambulant vor stationär! Wir wollen ein bedarfsgerechtes Angebot an Hilfsdiensten sowie barrierefreie, senior:innengerecht ausgebaute Wohnungen oder Wohnprojekte und generationsübergreifendes Wohnen schaffen. Wenn selbstständiges Wohnen nicht mehr möglich ist, muss es ein ausreichendes Angebot an Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten vor Ort geben. Wir begrüßen, dass der MTK eine eigene Seniorenresidenz betreibt und Pfleger:innen in der Pflegeschule ausbildet.

Wir GRÜNE wollen ...

- integrative Wohnformen fördern, um so die Vereinsamung von Senior:innen zu verhindern.
- die Akzeptanz von Demenz in der Gesellschaft verbessern.
- die Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden des Kreises und aller Kommunen sicherstellen. Die kreiseigenen Gebäude sollen hier als Vorbild dienen.
- die Barrierefreiheit von Dokumenten und Internetauftritten des Kreises und der Verwaltung ermöglichen.
- die Daseinsvorsorge im Kreis für Seniorinnen und Senioren weiter stärken.
- ältere Menschen bei der Digitalisierung mitnehmen und auf Erhalt und Stärkung ihrer Teilhabe achten, zum Beispiel durch passende Schulungsangebote.
- Schulungen zu digitalen Medien und Kooperationen mit Schulen fördern

Queerpolitik - Für Toleranz und Offenheit

Wir GRÜNE setzen uns für die Anerkennung und Gleichberechtigung aller sexuellen Identitäten ein. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen, gleiche Entlohnung und Teilhabe für alle Geschlechter erreichen.

Die Vielfalt der Menschen sehen wir als Gewinn für unsere Gesellschaft und auch für Unternehmen. LSBTIQ (lesbisch, schwul, bi, trans, inter, queer) sind am Arbeitsmarkt jedoch nach wie vor vielfach diskriminiert und ausgegrenzt, was aktuelle Studien belegen. Dies muss unsere Personalentwicklungsstrategie in der Kreisverwaltung im Blick haben und Führungskräfte entsprechend sensibilisieren.

Wir GRÜNE wollen ...

- ein Umfeld schaffen, in dem LSBTIQ (lesbisch, schwul, bi, trans, inter, queer) offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können.
- Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema in allen Arbeitsfeldern und Politikbereichen auf Kreisebene stärken.
- die Gesellschaft im MTK sensibilisieren für Diskriminierungserfahrungen, die Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung machen.
- Strukturen schaffen, in denen sich alle Menschen entfalten können und frei, sicher sowie selbstbestimmt leben können.
- eine Anlauf- und Beratungsstelle für queere Menschen im Main-Taunus-Kreis gründen und etablieren, das Thema auf diese Weise öffentlich machen, vermitteln und Toleranz ausbilden.

Nein zu Gewalt – Mehr Prävention, Beratung und Schutzräume

Wir Grüne setzen uns dafür ein, eine spezialisierte Jugendgerichtshilfe einzurichten. Wenn ein Teil der hierfür vorgesehenen Vertreter:innen des Jugendamtes ausschließlich die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe wahrnimmt, ist damit die gesetzlich vorgesehene Erstellung von Berichten und die Teilnahme an der Hauptverhandlung gewährleistet. Auf diese Weise wird den erzieherischen, sozialen und persönlich bedeutsamen Aspekten in den Verfahren vor dem Jugendgerichten besser Geltung verschafft. Darüber hinaus werden Freiräume geschaffen, das Beratungs- und Auflagenangebot sinnvoll zu nutzen und zu erweitern.

Die Zahl der Opfer von Gewalt gegen verschiedene Personengruppen, aber insbesondere gegen Mädchen und Frauen, ist nach wie vor hoch. Jede Form von Gewalt muss geächtet und gesellschaftlich, politisch und juristisch bekämpft werden. Zugleich wollen wir Prävention und Angebote zum Schutz vor Gewalt weiter ausbauen. Digitale Gewalt gegen Frauen nimmt nach Auskunft von Polizei und Beratungsstellen zu. Auch Jugendliche sind online von sexueller Belästigung, Nötigung, Beleidigung und Drohungen betroffen. Über das Smartphone und über soziale Netzwerke überschreiten solche Angriffe auch die Grenzen geschützter Räume wie Frauenhäuser und Hilfegruppen. Dem wollen wir mit Aufklärung und Prävention entgegenwirken.

Wir GRÜNE wollen ...

- die Arbeit des Präventionsrates fortführen und weiterentwickeln sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei fortsetzen.
- mit Gewaltprävention ab der Grundschule beginnen.
- uns dafür einsetzen, dass die Arbeit der Polizei mehr Wertschätzung erfährt
- uns für eine spezialisierte Jugendgerichtshilfe einsetzen
- digitaler Gewalt gegen Menschen vorbeugen. Dazu müssen die Beratungskompetenzen in der Polizei und entsprechenden Jugendeinrichtungen erhöht werden.
- die Plätze im Frauenhaus bedarfsgerecht ausbauen, damit alle betroffenen Frauen und ihre Kinder Schutz vor häuslicher Gewalt erhalten.
- den Verein „Frauen helfen Frauen“ weiterhin unterstützen.

Ehrenamt - bürgerschaftliches Engagement stärken

Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Vereinstätigkeiten verbinden Menschen und verstärken den sozialen Zusammenhalt. Vereine sind zudem als ein wichtiger Pfeiler der Demokratie in unserem Kreis mit einem vielfältigen Angebot vertreten.

Das Ehrenamt hat im Main-Taunus-Kreis einen hohen Stellenwert und viele Menschen engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen. Deswegen ist es wichtig, dass die Ehrenamtskoordinatorin unseres Kreises die Vereinsaktivitäten durch umfassende Beratung fördert.

Wir als GRÜNE wollen ehrenamtliches Engagement stärken, indem wir die verlässliche und dauerhafte Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Vereine, Eltern- und Schülervertretungen sowie Kirchen und weiterer Initiativen unterstützen. Wir wollen auch die Arbeit der Selbsthilfekontaktstelle weiter unterstützen. Die bürokratischen Hürden für Ehrenamtliche in der Zusammenarbeit mit den Kreis- und Stadtverwaltungen wollen wir identifizieren und beseitigen. Unter anderem wollen wir die Verfügbarkeit kreiseigener Räumlichkeiten, wie etwa Turnhallen, für Vereine online abrufbar machen und auch die Reservierung online ermöglichen.

Wir wertschätzen die Arbeit aller ehrenamtlichen Helfer:innen. Besonders die freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdienste müssen mehr Anerkennung erfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufwandsentschädigungen verbessert werden. Wir wollen nach Möglichkeiten suchen, wie die Einsatzkräfte besser vor Übergriffen geschützt werden können.

Hilfen in schwierigen Lebenslagen

Wir GRÜNE setzen uns für bedarfsgerechte niedrigschwellige Hilfsangebote in schwierigen Lebenslagen ein und setzen dabei auf einen ausgewogenen Mix aus Eigenverantwortung, Stärkung der Selbsthilfe, öffentliche Hilfe, Verantwortung der Unternehmen für bedürftige Arbeitnehmer:innen und freien gemeinnützigen Angeboten. Lokale Initiativen und kreiseigene Sozialangebote wollen wir stärken, bedarfsgerecht ausbauen und miteinander vernetzen. Das Sozialbüro spielt hierbei eine wichtige Rolle und weist den Weg in das richtige Angebot, wie z. B. Sozialhilfe, Eingliederungshilfe, Altenhilfe, Jugendhilfe oder Hilfen für Frauen und Familien. Wir wollen das Angebot des Sozialbüros ausweiten.

Integration in den Arbeitsmarkt

Der Main-Taunus-Kreis hat durch seine Lage in der internationalen Wirtschaftsregion Frankfurt RheinMain eine sehr niedrige Arbeitslosenquote. Sie lag 2019 bei unter zwei Prozent. Das Jobcenter des Main-Taunus-Kreises bietet für unterschiedliche Zielgruppen auf der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz vielfältige Unterstützungsangebote.

Wir GRÜNE wollen ...

- dass die Unterstützung von Arbeitslosen zielgerichtet und partnerschaftlich geleistet wird und auch durch kommunale Maßnahmen unterstützt wird.
- den Ausbau des "Zweiten Arbeitsmarktes" fördern.
- die Weiterqualifizierung sowie Fachtage von Mitarbeiter:innen des Jobcenters unterstützen.

Barrierefreiheit - Bedarf sehen und Lösungen schaffen

Wir GRÜNE stehen für die Inklusion aller Menschen mit Behinderungen im täglichen Leben. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die UN-Behindertenrechtskonvention auch auf Kreisebene zeitnah umgesetzt wird.

Wir GRÜNE wollen ...

- den vom Behindertenbeirat beschlossenen Aktionsplan des MTK zur Umsetzung der UN Behindertenrechts-Konvention im MTK fortführen und konsequent umsetzen.
- die Etablierung der Barrierefreiheit als umfassendes Gestaltungsdesign im öffentlichen Raum, so zum Beispiel im öffentlichen Personennahverkehr, in den Bahnhöfen, öffentlichen Einrichtungen und allen öffentlichen und privaten Neubauten, sofern sie allgemein zugänglich sind.
- dass die Kreisverwaltung als öffentliche Hand eine Vorreiterrolle bei der inklusiven Beschäftigung von Schwerbehinderten einnimmt.
- die Versorgung jedes Kindes mit Behinderungen mit allen notwendigen pädagogischen, technischen, therapeutischen und personellen Hilfen.
- die Schaffung der Voraussetzungen für inklusiven Unterricht bis zum Schulabschluss durch den Main-Taunus-Kreis als Schulträger.
- den Kreisbehindertenrat in seiner Arbeit fördern.

Begründung

Die Ergebnisse der Fortschreibung des Hessischen Lohnatlasses wurden Ende September veröffentlicht und am 17. Oktober im Landesfrauenrat besprochen und bewertet. Im Hessischen Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass der Dialog mit den Sozialpartnern fortgeführt wird, jedoch Maßnahmen können und sollen direkt vor Ort in den Kreisen und Kommunen umgesetzt werden.

Im Kreis Main-Taunus-Kreis zeigt sich 2018 bei den Einwohner*innen, die in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung tätig sind, mit 19,4 Prozent eine große Lohnlücke zwischen Frauen und Männern.

Bei den Beschäftigten mit Berufsabschluss beträgt die Lohnlücke 13,7 Prozent. Frauen mit Berufsabschluss verdienen brutto im Schnitt 549 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Frauenanteil liegt mit 37,6 Prozent höher als der Landesschnitt.

Bei den Beschäftigten mit akademischem Abschluss liegt die Lohnlücke bei 24,2 Prozent. Akademikerinnen verdienen brutto im Schnitt 1.571 Euro weniger als Männer auf dem gleichen Qualifikationsniveau.

Der sehr hohe Anteil an Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen oder geringfügig beschäftigt sind, zeigt, dass noch brachliegende Beschäftigungspotenziale bei den Einwohnerinnen des Kreises vorhanden sind. Diese noch besser zu erschließen, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Lohnlücken bei den Einwohner*innen des Kreises zu verringern. Betreuungs- und Verkehrsinfrastruktur, berufliche Orientierung und Qualifizierung stellen wichtige Bausteine dafür dar.

Ä14 Programm KW 21 - Vielfalt und Gesellschaft

Antragsteller*in: Gianina Zimmermann

Text

Von Zeile 1122 bis 1123 einfügen:

werden uns weiterhin für konsequente Gleichstellung in der Kreisverwaltung auch in den Führungsebenen einsetzen.

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Mit Lohnmess- und Arbeitsbewertungsverfahren wie dem „eg-check“, der für Entgeltgleichheit steht, können Verdienstunterschiede sichtbar gemacht werden – auch in der Verwaltung.

Nach Zeile 1146 einfügen:

- Die Ergebnisse des Hessischen Lohnatlasses wollen wir in unserem parlamentarischen Handeln implementieren und gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren Maßnahmen zur Schließung der Lohnlücken entwickeln.